

HEINO NYSSÖNEN

## Der Volksaufstand von 1956 in der ungarischen Erinnerungspolitik

Das politische Gedächtnis ist ein besonderes Gedächtnis – ein Gedächtnis, das gewöhnlich als „kurz“ angesehen wird. Einerseits veranschlagen Politiker seine Länge bisweilen auf kaum mehr als zwei Wochen, andererseits aber wirkt die Erinnerung über Generationen hinweg identitätsstiftend. Kriege und politische Konflikte sind besonders stark von Prozessen des Erinnerns und Vergessens geprägt. Das Beispiel Jugoslawien hat gezeigt, daß die Wiederbelebung und Verstärkung alter Erinnerungen auch in der aktuellen Politik einen „angemessenen Gebrauchswert“ besitzt.

In diesem Artikel wird untersucht, wie der Ungarische Volksaufstand – einer der größten bewaffneten Konflikte in der Zeit des Kalten Krieges – nach seiner Niederschlagung in der ungarischen Erinnerungspolitik anwesend war. Im allgemeinen herrscht die Auffassung vor, daß dieses Thema bis zur Systemwende eine Art Tabu darstellte. Im folgenden wird dagegen die These vertreten, daß es sich bei dem Volksaufstand auch um ein politisches Argument handelte, das sowohl für als auch gegen die jeweils existierende politische Gegenwart eingesetzt wurde. Erinnern und Vergessen sind politische Handlungen, die mit Macht und Identität verbunden sind – in Ungarn wurde aus einer schwierigen biographischen Erfahrung eine Fortsetzung der Politik.

### *Erinnern, Geschichte, Politik*

Wer nach den politischen Dimensionen des Erinnerns fragt, muß zwischen einem individuellen und einem kollektiven Gedächtnis unterscheiden. Nach Reinhart Koselleck bilden Erfahrungen, insbesondere der vergangene Erfahrungsraum, auf der individuellen Ebene eine Vergangenheit in der Gegenwart.<sup>1</sup> Das bedeutet, daß das Vergangene auch in jene Analysen einfließt, die in der Gegenwart gemacht werden. Neben der individuellen tritt auch eine diese übersteigende Erfahrung auf, die sich auf Generationen und Institutionen bezieht.<sup>2</sup>

Im ungarischen Fall können wir von einer politischen Generation sprechen, bei der das Jahr 1956 zu einem bestimmenden Faktor der Erfahrung wurde. Die Erfahrung dieser Generation wurde geprägt durch den Gedanken an eine bessere Zukunft, durch die Angst vor einem Polizeistaat und durch die Erkenntnis, daß diese Zukunft nur ein Ideal blieb. Nach den Untersuchungen von Iván Völgyes haben, anders als die Älteren, die nach 1950 geborenen Ungarn jedoch keine derart erschütternden Erfahrungen gemacht.<sup>3</sup>

1 Reinhart Koselleck, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1989.

2 Ebenda, S. 349–379.

3 Iván Völgyes, *Political culture*, in: *Südosteuropa Handbuch*, Bd. V, hrsg. v. Klaus Detlev Grothusen, Göttingen 1987, S. 191–197.

Bei einem über das Individuum hinausgehenden kollektiven Gedächtnis wird auch vom Gedächtnis der Nation gesprochen. Dabei wird die Nation in einer eher vagen organischen Metapher als Kollektiv gedacht, das in der Erfahrung des Individuums schon anwesend ist oder durch Wissensvermittlung eine Identitätserfahrung schafft. Die Vergangenheit selbst kann man nicht ändern, wohl aber den Umgang mit und die Darstellung von ihr. Immer mehr Wissenschaftler begannen sich seit den siebziger Jahren dafür zu interessieren, wie kollektive Gedächtnisse und Geschichte geschaffen werden und welche Rolle sie bei der Ausübung politischer Macht spielen. In diesem Sinn ist das ungarische Jahr 1956 mit all seinen machtpolitischen Phänomenen eine genauere Untersuchung wert.

Die Geschichtsschreibung ist Teil des politischen Gedächtnisses, und ihre Aufgabe als kulturelle Institution besteht im Prinzip darin, die Ereignisse für die Nachgeborenen zu dokumentieren. Die Geschichtsschreibung ist allerdings nur ein Teil des politischen Gedächtnisses der Nation und anderer Kollektive, da den Menschen neben den Arbeiten der Historiker auch noch andere Wege in die Vergangenheit zur Verfügung stehen.<sup>4</sup> Außerdem ist die jüngere Zeitgeschichte meist noch nicht durchgehend erforscht, und wäre sie es, so könnten die Forschungsergebnisse doch im Widerspruch zu den Erfahrungen der Menschen stehen.

Jonathan Boyarin spricht von einer besonderen Gedächtnispolitik (*politics of memory*), die er mit Identität gleichsetzt.<sup>5</sup> Vergangenheit, Geschichte und Erfahrung sind zentrale, Identitäten formende Begriffe. Erfahrung und Geschichte bilden wiederum eine wichtige Front im semantischen Machtkampf, in dem dem eigenen Handeln kulturelle und politische Legitimation verschafft werden soll.<sup>6</sup> Der Zusammenbruch der verschiedenen Fortschrittsvisionen mag die Rolle der Zukunft als Faktor, der Menschen in der Politik voneinander trennt, relativiert haben, die Vergangenheit trennt sie indes noch immer. In Ungarn war der Volksaufstand von 1956 ein zentraler Faktor bei der Ausformung des zeitgeschichtlichen Erfahrungsraums, und er ist auch in der aktuellen Politik anwesend.

Die Bedeutung des Erinnerens wird in den Fällen, in denen die Erinnerung klar von der sogenannten offiziellen Geschichte abweicht, noch unterstrichen. In Ungarn gehört das Jahr 1956 noch zur jüngsten Vergangenheit, und die Geschichtsschreibung, die sich im Einparteiensystem herausgebildet hatte, konnte die Menschen nicht überzeugen. Bis heute ist das Jahr 1956 viel mehr als bloß eine aufgeschriebene und als „Geschichte vergessene“ Vergangenheit. Es soll hier nicht näher auf die von einer Siegermentalität geprägte Geschichtsschreibung in der Ära Kádárs eingegangen werden.

Um bestimmte Dimensionen der Vergangenheit zu finden, beziehe ich mich hier auf Wolfgang Hardtwigs Begriff der „Geschichtskultur“, der „eine Sammelbezeichnung für höchst unterschiedliche, sich ergänzende oder überlagernde, jedenfalls direkt oder indirekt aufeinander bezogene Formen der Präsentation von Vergangenheit in einer Gegenwart“ bildet.<sup>7</sup> Dieser noch sehr allgemeine Begriff ermöglicht es zum Beispiel, Festtage, Denkmäler, Ausstellungen, Symbole u. a. zu untersuchen oder den Blick auf die aktive Geschichtspolitik zu richten, das heißt auf die „politische Nutzung von Geschichte in der Öffentlichkeit, um

4 Vgl. Paul Ricoeur, *Time and Narrative* 3, Chicago/London 1988.

5 Jonathan Boyarin, *Space, Time and the Politics of Memory*, in: *Remapping Memory. The Politics of TimeSpace*, hrsg. v. J. Boyarin, Minneapolis/London 1994, S. 23.

6 Vgl. Jörn Rüsen, *Zeit und Sinn. Strategien historischen Denkens*, Frankfurt a. M. 1990, S. 11–13.

7 Wolfgang Hardtwig, *Geschichtskultur und Wissenschaft*, München 1990, S. 7–9.

mobilisierende, politisierende oder legitimierende Wirkungen in den politischen Auseinandersetzungen zu erzielen“.<sup>8</sup>

Als Problem zeigen sich hierbei jedoch die unterschiedlichen Akteure der Geschichtspolitik und die Besonderheiten der politischen Kultur, mit denen Geschichtskultur zu rechnen hat. Im folgenden soll versucht werden, diese Vielfalt insofern etwas aufzulösen, als der Blick auf das sich wiederholende Auftreten eines geschichtlichen Ereignisses in der Politik gerichtet wird. Anders ausgedrückt: Es ist unmöglich, die Akteure einer Geschichtspolitik *ex ante* zu bestimmen, man kann aber eine Herangehensweise wählen, bei der von verschiedenen Jahres- und Jubiläumstagen ausgegangen wird, um dann zu skizzieren, wer Geschichtspolitik betreibt und welche Interessen hierbei vertreten werden. Hans-Jürgen Lüsebrink und Rolf Reichhardt haben zum Beispiel angemerkt, daß die Bastille in Frankreich sowohl für die innere Opposition im Ancien régime in den Jahren von 1815 bis 1870 als auch für den Widerstand gegen die Regierung von Marschall Pétain eine politische Waffe darstellte.<sup>9</sup> Aktive und militante Dimensionen (graphische, argumentative, erzählerische, theatralische und plastische) des innenpolitischen Kampfes fanden die Wissenschaftler hierbei auf verschiedenen Ebenen.

Im folgenden wird das ungarische Erinnern an 1956 und die Benutzung dieser Erinnerung – anlog zur Bastille – als multidimensionales Symbol betrachtet. Auch wenn der Vergleich vom Zeitlichen her gesehen hinken mag, so handelt es sich bei beiden doch um eine auf die Vergangenheit verweisende, symbolische Politik, an der verschiedene Interessengruppen beteiligt sind, die eine Interpretation aufzeigen und aufrechterhalten wollen. So gesehen stellt sich für den Historiker nicht die Frage, was geschehen ist, sondern die Frage danach, was das Ereignis für die Menschen und ihre politischen Ansichten bedeutet.

### *Ungarn nach dem Volksaufstand*

Bei der Beschreibung des Volksaufstandes in Ungarn von 1956 werden im allgemeinen der 23. Oktober und der 4. November als die zentralen Daten erwähnt. Er begann an dem Tag, an dem es aufgrund der Ereignisse in Polen zu einer großen Solidaritätskundgebung kam, die zunächst zu blutigen Zusammenstößen und am nächsten Morgen zu einem ersten Eingreifen der Sowjettruppen führte. Die Lage beruhigte sich danach etwas. Am 30. Oktober beugten sich Partei und Regierung schließlich der Forderung nach Wiedereinführung eines Mehrparteiensystems und stimmten zwei Tage später auch dem Austritt aus dem Warschauer Pakt zu. Inzwischen wurde im Kreml die Entscheidung zu einer zweiten Intervention getroffen, die dann am 4. November begann.<sup>10</sup>

Nach den bisher vorhandenen Informationen kamen bei den Kämpfen von 1956 2700 Ungarn und 669 Sowjetverbündete um. Bis Ende des Jahres flohen ca. 200 000 Menschen

8 Edgar Wolfrum, Geschichte als Politikum – Geschichtspolitik. Internationale Forschungen zum 19. und 20. Jahrhundert, in: Neue Politische Literatur 3/1996.

9 Hans-Jürgen Lüsebrink/Rolf Reichhardt, Die Bastille. Zur Symbolgeschichte von Herrschaft und Freiheit, Frankfurt a. M. 1990.

10 Siehe Csaba Békés, Az 1956-os magyar forradalom a világpolitikában. Tanulmány és válogatott dokumentumok, Budapest 1996; Döntés a Kremlben, 1956. A szovjet pártelnökség vitái Magyarországról, hrsg. v. Vjacseszlav Szereda/Rainer M. János. Budapest 1996; Magyarország története 1918–1990, hrsg. v. Pölöskei Ferenc/Gergely Jenő/Izsák Lajos, Budapest 1995, S. 226–233.

aus dem Land.<sup>11</sup> Ein weitergehender bewaffneter Widerstand hielt bis Mitte November an, passiver Widerstand wurde bis ins Jahr 1957 geleistet und der im Dezember ausgerufenen Kriegszustand wurde bis Ende März aufrechterhalten. Premierminister Imre Nagy floh mit seinen engeren Mitarbeitern zunächst in die jugoslawische Botschaft, von wo aus er nach Rumänien gebracht wurde. Sein Todesurteil und dessen Vollstreckung wurden im Juni 1958 bekanntgegeben.

Nach ersten Wochen des Zögerns und der Unsicherheit kam die neue, von János Kádár angeführte Regierung im Dezember 1956 zu einer Einschätzung, in der vier Ursachen genannt wurden, die zu den Ereignissen im Oktober geführt hätten: Fehler in der Vergangenheit, ein oppositioneller Parteiflügel, Konterrevolution der Horthy-Faschisten und internationaler Imperialismus. Das Bild von 1956 als einer Konterrevolution sollte u. a. mit einer bereits im Juni 1957 eröffneten Ausstellung „Die Ungarische Konterrevolution vom 23. Oktober bis 4. November“ verfestigt werden.

Ende Mai erneuerte die Regierung den Warschauer-Pakt-Vertrag, der die Anwesenheit von sowjetischen Truppen legitimierte. Im Frühjahr 1957 tauchten in der Parteipresse Meldungen auf, die von Gerichtsverhandlungen gegen Konterrevolutionäre berichteten. In den Schulen wurde Ideologieunterricht und Russisch als obligatorischen Unterrichtsfach eingeführt. Im November wurden die Arbeiterräte per Erlaß aufgelöst.<sup>12</sup> In den Jahren 1956 bis 1959 wurden insgesamt ca. 35 000 Menschen verhört, 22 000 erhielten eine Strafe, 13 000 wurden interniert und ca. 350 hingerichtet.<sup>13</sup> Eine erste Amnestie gab es im Jahr 1960, drei Jahre später folgte eine allgemeine Amnestie. Danach gab es noch indirekte Bestrafungen, zum Beispiel in Gestalt von Behinderungen der beruflichen Laufbahn der Betroffenen, obgleich gegen Ende der sechziger Jahre eine deutliche Liberalisierung spürbar wurde.

Im ganzen charakterisiert George Schöpflin die während der Ära Kádár vorherrschende Strategie als eine der Entpolitisierung der Gesellschaft und der Ruhigstellung der Bevölkerung durch wirtschaftliche Belohnung.<sup>14</sup> Die politische Kultur wurde einerseits von dem Gedanken dominiert, daß die Politik zynisch sei, und andererseits von der Vorstellung Ungarns als eines historischen Staates mit großer Vergangenheit und wertvoller Kultur. Die kommunistische Führung wurde so lange akzeptiert, wie sie nicht mit dem Nationalstolz der Bürger in Konflikt geriet.<sup>15</sup>

### *Die Analogien des Jahres 1956*

In den europäischen Ländern im Raum zwischen Deutschland und Rußland kam es in diesem Jahrhundert zu vielen radikalen und raschen Machtwechseln, die im Denken der Menschen Spuren hinterlassen haben. Das Geschichtsverständnis konnte daher nicht linear sein, es zeigte sich vielmehr, wie der Schriftsteller Sándor Csoóri meint, als ein verlängertes Heute.<sup>16</sup> In den Köpfen der Menschen wirkte eine besondere Psycho-Geschichte, bei der die

11 The Hungarian Revolution of 1956. Reform, Revolt and Repression 1953–1963, hrsg. v. György Litván, London/New York 1996, S. 103.

12 Népszabadság (i. f. NSZ), 1957.

13 The Hungarian Revolution, S. 143–144.

14 George Schöpflin, Conservatism and Hungary's Transition, in: Problems of Communism, Jan.–April 1991, S. 60.

15 Peter A. Toma/Iván Völgyes, Politics in Hungary, San Francisco 1977, S. 151–152.

16 Sándor Csoóri, Maaillman aistillinen vertauskuva. Valikoima esseitä, Helsinki 1992.

Vergangenheit die Gegenwart durchdringt und bei der die Vergangenheit vor der Zukunft konstruiert wird.<sup>17</sup>

Bei dieser Konstruktion sind neben dem Beitrag der Historiker und Politiker auch die von Schriftstellern und Lyrikern vermittelten Prophetien und Phantasien als Teil der Wirklichkeit sowie gewisse „Trivialhistorien“ wichtig. In Ungarn scheinen die Schriftsteller und Lyriker schon lange vor der kommunistischen Herrschaft als eine Art „Orakel“ fungiert zu haben.<sup>18</sup> Die „Bauarbeiten“ an der Vergangenheit werden hier so verstanden, daß aus dem Vergangenen ausgewählt, eine passende Analogie zur jeweiligen Situation in der Geschichte gesucht und das Geschichtsbild somit „erfunden“ wird. Welche Analogien und welche Gemeinsamkeiten dann jeweils akzeptabel sind, das wird als Politik verstanden.

Die herrschende Sozialistische Arbeiterpartei Ungarns lehnte die Analogiebildung zwischen „1848“ und „1956“ ab. Diese Lehrmeinung wurde als so wichtig erachtet, daß im Jahr 1959 im theoretischen Organ der Partei Thesen zum bürgerlichen Nationalismus und zum sozialistischen Patriotismus veröffentlicht wurden. Das Verlangen nach bürgerlichen Freiheiten wurde für die Revolution von 1848 noch als fortschrittlich interpretiert, während es 1956 nur die bürgerliche gegen die Volksmacht gestellt hätte. Als Lösung wurde der nach Patriotismus riechende Begriff der sozialistischen Vaterlandsliebe angeboten. Die Arbeiterklasse könne auf die Jahre 1848 und 1919 stolz sein, da die herrschenden Klassen schon 1867 die Bestrebungen nach nationaler Selbständigkeit verraten hätten.<sup>19</sup>

Das Wesentliche an dieser Strategie zur Vermeidung bestimmter Analogien zeigt sich, wenn man weiß, daß das Jahr 1848, das auch die Kommunisten als Revolution kanonisiert und als historische Erbschaft übernommen hatten, im Herbst 1956 ins Gedächtnis gerufen wurde.<sup>20</sup> Ein Teil der Aufständischen interpretierte die eigenen Aktivitäten als Revolution und glaubte, wie die Vorgänger 1848 einen Freiheitskrieg zu führen. So wurden in den während der Zeit des Volksaufstands erscheinenden Zeitungen oft Texte des zu einer Kultfigur gewordenen Lyrikers und Revolutionärs Sándor Petöfi zitiert. Man glaubte, daß sowohl 1848 als auch 1956 der innere Gegner zunächst besiegt wurde und eine fremde Macht die Situation dann zu dessen Gunsten entschied.

Zu Beginn des Jahres 1957 kursierten – worauf sich die Regierung auch einzustellen versuchte – Gerüchte über ein Wiederaufleben der umstürzlerischen Aktivitäten am 15. März, dem mit der Erinnerung an 1848 verbundenen Nationalfeiertag.<sup>21</sup> Als Anlaß für Demonstrationen und Aufmärsche diente dieser Tag schon seit 1860, und in der Volksüberlieferung findet man nach 1848 immer wieder Geschichten und Symbole, die auf passiven Widerstand verwiesen.<sup>22</sup>

In der Parteizeitung wurde die Erinnerung an 1848 wagemutig für aktuelle Zwecke eingesetzt: „Die wahren Erben des Jahres 1848 sind die Kommunisten und das den Sozialismus aufbauende arbeitende Volk.“<sup>23</sup> Man kehrte zu diesem Zeitpunkt, nachdem Imre Nagy den

17 Ebenda.

18 Vgl. Sándor Márai, *Ihlet és nemzedék* (1946), Budapest 1992, S. 185–187.

19 *Társadalmi Szemle* 8–9 (1959), S. 10–35.

20 Vgl. auch András Gerő, *Az Államosított forradalom. 1848 centenáriuma*, Budapest 1998; György Gyarmati, *Március Hatalma – A Hatalom Márciusa. Fejezetek Március 15. ünneplésének történetéből*, Budapest 1998.

21 *The Hungarian Revolution*, S. 114.

22 Vgl. György Szabad, *Hungarian political trends between the revolution and the compromise (1849–1867)*, Budapest 1977, S. 48–78.

23 NSZ, 10. März 1957.

15. März zum nationalen Feiertag erklärt hatte, auch zur 1951 eingeführten und für die Bürger konkret erkennbaren Praxis zurück: Der Tag war kein arbeitsfreier Feiertag mehr, blieb aber als schulfreier Gedenktag erhalten. Auch Lajos Kossuth, der Führer der Unabhängigkeitsbewegung von 1848/49 und gewählter Reichsverweser von 1849, gehörte eigentlich nicht unbedingt zum Kanon der Kádár-Kommunisten. Mit seiner Hervorhebung glaubte man jedoch zeigen zu können, daß auch die Kommunisten das nationale Erbe von 1848 aufrechterhielten.<sup>24</sup>

Im Oktober/November 1956 stellten die politischen Akteure deutliche Bezüge zu den Jahren 1919 und 1945 her. Dies belegt etwa die Rede Imre Nagys, mit der er die Wiedereinführung des Mehrparteiensystems ankündigte: Das Ziel war, zur Situation der Koalitionsregierung von 1945 zurückzukehren. In der Argumentation des Schriftstellers László Nemeth, mit der er auf die Risiken des Volksaufstandes hinwies, war das Jahr 1919 präsent. Als abschreckendes Beispiel diente der „Kurs des Jahres 1919“, der auf die Räterepublik Béla Kuns folgte und auch als christlich-nationaler Kurs oder als weißer Terror bezeichnet wurde. Der Hinweis auf das Vergangene diente hier als Analogie für die Zukunft. Auch die Unterstützer János Kádárs verwiesen anfangs auf die Erfahrungen von 1919. Da auch die eigenen Anhänger überzeugt werden mußten, suchte man Übereinstimmungen mit den Ereignissen, die der Niederschlagung der Räterepublik folgten und sich dann schrittweise zum Horthy-Regime radikalisierten. Die Schlußfolgerungen sprachen für ein hartes Vorgehen: Auch die Gegner von 1956 wurden nicht als direkte Vertreter ihrer Sache begriffen, sondern allein als Kämpfer gegen den Stalinismus.<sup>25</sup>

Aufgrund des oben Beschriebenen könnte man annehmen, daß der Gedanke von der Rückkehr des Vergangenen in der ungarischen Geschichtskultur als eine Art Prophetie große Bedeutung hatte. Andererseits liegt die Vermutung nahe, daß die Erinnerung an 1956 und die aus der Vergangenheit gewonnenen Analogien das politische Denken gegen Ende der achtziger Jahre geformt haben. Beim Systemwechsel in Ungarn wurde nicht nur Zukunft geschaffen, sondern auch Vergangenheit: Am Ende der achtziger Jahre wurde die Geschichte nicht in einem metaphorischen Sinn wiedergeboren, sondern der öffentliche Umgang mit ihr. Die Geschichte hat sich nicht wiederholt, aber verschiedene politische Akteure versuchten, aus der Geschichte Nutzen zu ziehen. Um dies verständlich zu machen, sollen zuerst die Erinnerungspolitik und deren politische Dimension während der Zeit Kádárs betrachtet werden.

### *Die Erinnerungspolitik der Ära Kádár*

Ein Problem der Regierungszeit János Kádárs bestand darin, sich einerseits vom Vergangenen zu lösen und andererseits mit möglichst geringen Zugeständnissen zu einer Art innerer Aussöhnung der ungarischen Gesellschaft zu gelangen. Einen Versuch, sich vom Vergangenen loszusagen, bildete im Mai 1957 die Vorstellung eines neuen Staatswappens im Parlament. Dieses Wappen ersetzte sowohl das Wappen aus dem Jahr 1949 mit seinen „sozialistischen“ Symbolen als auch das sogenannte Kossuth-Wappen, das Imre Nagy im Oktober 1956 wieder eingeführt hatte. Auch die im Oktober 1956 in „Straße der Ungarischen

24 A Magyar Szocialista Munkáspárt ideiglenes vezet testületeinek jegyzőkönyvei, Bde. I–IV, hrsg. v. Sándor Balogh, Budapest 1993–1994, hier: Bd. II, 1993, S. 249.

25 NSZ, 2. Februar u. 7. März 1957.

Jugend“ umbenannte „Stalinstraße“ erhielt einen neuen Namen: „Magyar Népköztársaság útja“ („Straße der Ungarischen Volksrepublik“).

Ansonsten erlangten erneut politische Symbole aus der Vergangenheit Geltung: Die traditionelle Fahne wurde ohne das Wappen der kommunistischen Verwaltung in der Mitte benutzt. Die Armee legte ihre sowjetischen Uniformen ab und ging zu Modellen über, die in der Zwischenkriegszeit in Gebrauch waren. Auf der anderen Seite betrieb man aber auch eine aktive Erinnerungspolitik, indem etwa den beim Sturm auf das Parteihaus Umgekommenen zum vierten Jahrestag der Ereignisse im Jahr 1960 ein Denkmal gesetzt wurde. Drei der damals Getöteten wurden zu Namensgebern für Straßen in Budapest. Unter den Orden und Ehrenzeichen gab es u. a. die im April 1957 eingeführte Medaille „Für die Arbeiter- und Bauernmacht“, mit der Personen, die sich bereits bis Ende 1956 den Kádáristen angeschlossen hatten, sowie Heldentote ausgezeichnet wurden.

Kranzniederlegungen für die bei der „Konterrevolution“ Gefallenen gehörten nunmehr zu den sich wiederholenden Ritualen der Herrschenden am 4. November, worüber regelmäßig die Medien berichteten. János Kádár nahm zu wichtigen Jahrestagen kaum an den Feierlichkeiten teil. Das hing mit den nur drei Tage später stattfindenden Feiern zur Oktoberrevolution in Moskau zusammen, bei denen die Titelseiten der Parteizeitung von den architektonischen Phallussymbolen des Kreml und von einem aus dem Zug winkenden János Kádár beherrscht wurden. Der 7. November wurde in Ungarn 1960 zu einem arbeitsfreien Feiertag erklärt.

Zum 25. Jahrestag der Ereignisse von 1956 erschienen in den ungarischen Medien verschiedene Serien: Die Parteizeitung veröffentlichte in den Wochenendausgaben im September und Oktober eine dreizehnteilige Artikelserie. Fünf Jahre später erschienen ebenfalls verschiedene Fortsetzungsartikel. Im Fernsehen wurde der 23. Oktober nicht besonders hervorgehoben. Zum Ende des Monats, also zur Zeit der Besetzung des Parteihauses, wurden jedoch ernstere Programmbeiträge ausgestrahlt. Im Jahr 1986 gab es von Mitte Oktober bis November eine wöchentliche Serie mit dem Titel „Lebendige Geschichte unseres Volkes“.

Diese Form der Erinnerungspolitik war auch insofern wichtig, als die westlichen Medien ihre Propaganda im Umfeld der Jahrestage deutlich verstärkten. Allerdings provozierte die einseitige offizielle Interpretation der Ereignisse von 1956 in der genannten ungarischen Fernsehdokumentation auch Widerstand in Gestalt der Entstehung von oppositionellen Gruppierungen. Eine wichtige Rolle für das inoffizielle Gedächtnis und den Kampf gegen das Vergessen spielten auch anonyme Gräber und die Grabstelle 301 in der Hauptstadt, von der sich die zähleibige Kunde hielt, daß dort die nach dem Volksaufstand zum Tode Verurteilten begraben seien.

### *Die Nonkonformisten und das Erinnern*

Im Hinblick auf die ungarische Dissidentenszene sprach man Mitte der achtziger Jahre bereits von mehreren nonkonformistischen Gruppierungen, zu denen auch die Gruppe von 1956 gehörte. Neben der allgemeinen Unzufriedenheit mit dem politischen System war das Jahr 1956 eines der wichtigsten Motive, das die verschiedenen Gruppierungen bis hin zu den früheren Neo-Marxisten zusammenbrachte.<sup>26</sup> Ein erstes Treffen verschiedener oppositio-

<sup>26</sup> György Litván, Research and Discussions on the 1956 in Present-day Hungary, in: Esitelmä Tampereella 29. März 1993.

neller Gruppen fand vom 14. bis 16. Juni 1985 statt, wobei der letzte Tag des Treffens – wie sollte es auch anders sein – der Todestag von Imre Nagy war.

In den siebziger Jahren stellten die Menschen zur Erinnerung an den Aufstand vereinzelt Kerzen in die Fenster. 1981 wurde am Grab des Ministers István Bibó eine geheime Gedenkfeier abgehalten.<sup>27</sup> Manche Künstler unterlagen wegen des Gebrauchs von Zeichen und Symbolen, die auf den Aufstand verwiesen, der Zensur. Solche Aktivitäten waren mit Risiken verbunden. Noch 1983 verlor zum Beispiel ein Aktivist des Volksaufstands seinen Arbeitsplatz, als er während einer Beerdigung vom Jahr 1956 als Revolution sprach. Als derselbe, Imre Mécs, 1986 am Totengedenktage Blumen am Grab 301 niederlegen wollte, wurde er von der Polizei kontrolliert und zugleich darüber informiert, daß das Ministerium diese Grabstelle zum „verbotenen Ort“ erklärt habe.<sup>28</sup>

Im gleichen Herbst 1986, also 30 Jahre nach den Ereignissen, wurde in der Wohnung eines Aktivisten der Opposition die erste illegale Konferenz über die „Revolution“ organisiert. Unter den ungefähr 80 Teilnehmern befand sich, neben dem Premierminister aus der Zeit Rákosis und Historikern aus der Partei, eine ganze Gruppe zukünftiger Spitzenpolitiker Ungarns: Árpád Göncz (Präsident), Lajos Für (Minister), Gábor Demszky (Bürgermeister der Hauptstadt) und mehrere spätere Abgeordnete. Die Konferenz wurde ähnlich wie in der Tradition des kommunistischen Untergrunds organisiert, da bei einem Treffen im vorhergehenden Sommer auch „ein Wohnwagen des Innenministeriums“ vor Ort gewesen war.<sup>29</sup>

Über die Konferenz erschien in der italienischen Zeitung „L'Unità“ ein kleiner Artikel. Es wurde also, entweder auf Betreiben der Parteimitglieder oder um eine Marginalisierung zu vermeiden, nicht Radio Free Europe informiert, sondern eine linke Zeitung im Ausland. Vom politischen Charakter des Themas zeugt auch die Tatsache, daß ein beträchtlicher Teil der in Ungarn in den achtziger Jahren erschienenen Samisdat-Veröffentlichungen das Jahr 1956 behandelte.<sup>30</sup>

In der Samisdat-Veröffentlichung „Beszélő“ war das Thema seit 1983, seit dem 25. Jahrestag der Hinrichtung Imre Nagys, präsent. Damals wurden in der Zeitschrift eine Identifizierung der Gräber, eine Amnestie der zwischen 1947 und 1963 Verurteilten sowie Rentenzahlungen gefordert, da ein Gesetz von 1975 diejenigen vom Rentenanspruch ausschloß, deren Arbeitsverhältnis über fünf Jahre unterbrochen war.<sup>31</sup> Vier Jahre später wurde das Thema in den Zeitungen schon eindeutig mit politischen Forderungen verbunden: Die Vertreter der demokratischen Opposition verlangten in einer Sondernummer des „Beszélő“, die mit „Gesellschaftsvertrag“ überschrieben war, die Auflösung des „Kádárschen Konsenses“ und die Ablösung des Parteichefs. Die Vergangenheit wurde hierbei direkt mit der Tagespolitik verbunden, denn ein solcher Vertrag wurde ohne eine Neubewertung des Jahres 1956 als unmöglich angesehen.<sup>32</sup>

27 168 óra, 24. Oktober 1989.

28 Magyar Nemzet (i. f.: MN), 25. Februar 1989.

29 Ötvenhatról nyolcvanhatban. Az 1956-os magyar forradalom előzményei, alakulása és utóélete cím 1986. december 5–6-án Budapesten rendezett tanácskozás jegyzőkönyve, hrsg. v. András B. Hegedűs, Budapest 1992, S. 9–11.

30 A Magyar Demokratikus Ellenzék (1968–1988). Dokumentumok, hrsg. v. Ervin Csizmadia, Budapest 1995, S. 492–499.

31 Ervin Csizmadia, A Magyar Demokratikus Ellenzék (1968–1988), Budapest 1995, S. 275.

32 Beszélő 1987, S. 1–57.

Die Ablösung János Kádárs erfolgte auf dem Parteitag im Mai 1988, der den Regierungschef Károly Grósz zum neuen Generalsekretär wählte. Nur zwei Wochen danach gründeten vor allem Angehörige von Opfern des Volksaufstandes und Anhänger der demokratischen Opposition illegal das „Komitee für historische Gerechtigkeit“ („Történelmi igazságtétel bizottsága“, kurz „TIP“). In dessen Gründungsdokument wurde die vollständige moralische, politische und rechtliche Rehabilitierung der Opfer der Vergeltung nach dem Volksaufstand gefordert. Auch historische Vergleiche wurden dabei gezogen: Die Autoren argumentierten, daß nicht einmal die Habsburger, Haynau und Horthy so viele Menschen verurteilt und hingerichtet hätten wie die kommunistischen Machthaber nach dem 4. November 1956.<sup>33</sup>

Die Erinnerungspolitik setzte sich am 30. Todestag Imre Nagys auf dem Père Lachaise (Paris) fort, wo ein Denkmal für die beim Volksaufstand Hingerichteten enthüllt wurde. Auf Anfrage erklärten sich nahezu 200 Personen, darunter Nobelpreisträger, Politiker, Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler verschiedener Länder bereit, als Kustoden des Denkmals zu fungieren.<sup>34</sup> In Budapest fand zur gleichen Zeit eine Demonstration statt, in deren Zusammenhang 317 Personen eine Erklärung unterschrieben, daß die Polizei diese stille Gedenkveranstaltung brutal aufgelöst habe. In der Parteizeitung wurde diese Demonstration nicht erwähnt, aber die Zeitung des Ministerrats, „Magyar Hírlap“, berichtete darüber aus der Polizeiperspektive.<sup>35</sup>

### *Die Bedeutung der Erinnerung im Systemwandel*

Der Systemwandel, wie man den Übergang von den achtziger auf die neunziger Jahre in Ungarn oft nennt, wurde von den Beteiligten als ein Prozeß gelebt und erfahren, dessen Anfänge, Enden und Wenden selbst schon zum Gegenstand politischer Argumentation geworden sind. Als Wende wurde zum Beispiel das Ehrenbegräbnis Imre Nagys im Sommer 1989 angesehen, das die Opposition zur Beerdigung des Staatssozialismus erklärte. Andererseits meint der Politologe Mihály Bihari, der zu den sozialistischen Erneuerern gehörte, daß es schon vor dem eigentlichen Systemwandel mehrere Modellwechsel gegeben habe.<sup>36</sup>

Jedenfalls entstanden bis Ende des Jahres 1988 in Ungarn verschiedene Organisationen, von denen die Zeitungen zunächst nur wenig und dann immer offener berichteten. Anders als 1956 handelte es sich dabei allerdings um Organisationen, die ihre vorsichtigen Aktivitäten noch unter den Begriff des Sozialismus stellten. Eine Opposition gab es de jure nicht, da Parteigründungen illegal waren.

Die neuen Gruppen brauchten eine Identität, und sie begannen, eine solche sowohl mit Bezug auf die Zukunft als auch auf die Vergangenheit zu konstruieren. Aus der Vergangenheit wurden – sogar bis zu 200 Jahre zurückgehend – Ereignisketten in die Gegenwart geschmiedet, als deren Fortsetzung sich die jeweilige Gruppe selbst verstand. Von den alten Parteien erklärte etwa die 1956 aktive Kleinbauernpartei, daß sie formal nie verboten wor-

33 Áron Tóbiás, In memoriam Nagy Imre, Debrecen 1989, S. 523–527; Az 1956-os magyar forradalom. Reform-felkelés – szabadságharc – megtorlás, Budapest 1991, S. 169–171.

34 Tetemrehívás 1958–1988. Párizs-Budapest, Paris 1988, S. 76–80.

35 Magyar Hírlap (i. f.: MH) v. 18. Juni 1988.

36 Mihály Bihari, Az állampárti diktatúrából a versengő többpártrendszerig, in: A többpártrendszer kialakulása Kelet-Közép-Európában, hrsg. v. Mihály Bihari, Budapest 1993.

den und nun reaktiviert sei. Die Parteiaktivitäten begann man im Café „Pilvax“, in dem sich auch Sándor Petöfi und Genossen am 15. März 1848 versammelt hatten.<sup>37</sup>

Im Verlauf der Zeit wurde auch das Jahr 1956 als ein Kettenglied eingefügt, das nun in der einen oder anderen Weise in den Programmen vieler Organisationen auftauchte. Von diesen Gruppen waren die Freien Demokraten (SZDSZ) die „poetischste“. Sie sahen drei ungarische Revolutionen als Maßstab und Modell: 1848, 1918 und 1956. Im Jahr 1848 entstand die Volksvertretung, 1918 wurden die politischen Freiheiten erweitert, die Arbeiterklasse emanzipiert und die erste Bodenreform durchgeführt, und 1956 verlangte das Volk nach einem Mehrparteiensystem. Die Freien Demokraten merkten jedoch an, daß weder die Forderungen von 1848 noch die von 1918 noch das Mehrparteiensystem von 1956 bisher verwirklicht worden seien.<sup>38</sup>

Im ganzen brachte die Geschichtspolitik der Opposition ein Gefühl der politischen Zusammengehörigkeit und der Identität hervor, das sich zuerst auf die Pflege der Erinnerung, zum Beispiel auf die Errichtung von Denkmälern bezog. So versuchten 1988 Teile der oppositionellen Gruppierungen, „einen Umzug zur Erinnerung an die Ereignisse vom 23. Oktober 1956“ durchzuführen.<sup>39</sup> Zum anderen ging es hierbei aber auch um humanitäre Fragen, da die Gruppierungen Neubestattungen, Rehabilitierungen und Renten verlangten. Gleichzeitig ging es um eine Neubewertung der Vergangenheit, denn die Konflikte sollten „realistisch eingeschätzt“ und „wirklichkeitsgetreu“ dargestellt werden. Als erster Schritt dazu sollte damit begonnen werden, die Ereignisse eingehend zu untersuchen.

Auf zwei Ebenen fungierte die Vergangenheit auch als Analogie zur Zukunft: Zum einen standen den Organisationen der Erfahrungsraum und die Lehren von 1956 zur Verfügung. Zum anderen – wie zum Beispiel in der Argumentation der Freien Demokraten – waren viele Forderungen aus dem Jahr 1956 noch nicht verwirklicht: Mehrparteiensystem, Wiedereinführung des Kossuth-Wappens, Rehabilitierungen, würdige Feiern zum alten Nationalfeiertag sowie der Rückzug der sowjetischen Truppen.

### *Die Problemlösungsversuche der Partei*

Auf den neuen Generalsekretär Károly reagierte die Öffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit und einer positiven Grundstimmung. Während einer Reise in die USA wurde der neue Parteichef gebeten, Fragen zu 1956 beantworten. Damals, im Juli 1988, hielt Grósz es für angebracht, daß „Imre Nagys sterbliche Überreste ihre letzte Ruhestätte finden“.<sup>40</sup> Eine Rehabilitierung komme allerdings nicht in Frage, da Imre Nagy nach Grósz' Interpretation gegen bestehende Gesetze verstoßen habe.

Im September verhandelte der Ministerrat allerdings schon über eine „Amnestie der im Zuge der Ereignisse des Jahres 1956 Verurteilten“ und die Aufhebung der mit früheren Strafen verbundenen Rechtsschäden.<sup>41</sup> Allerdings ging die Forderung einiger Oppositionsgruppen nach einer Gedenkveranstaltung zum 23. Oktober der politischen Führung dann doch zu weit. In einem Zeitungsinterview sagte der Generalsekretär, daß er keinen Grund

37 Magyarország politikai évkönyve 1988, Debrecen 1988, S. 731.

38 Ebenda, S. 727–783.

39 NSZ v. 22. Oktober 1988.

40 MH v. 26. Juli 1988.

41 Ebenda v. 5. September 1988.

sehe, die bislang geltende Einschätzung zu ändern. Ein Gedenken an die Konterrevolution werde nicht erlaubt.<sup>42</sup> Noch einen Monat später erklärte Grósz den in Budapest versammelten Parteiaktivisten, daß die neuen Gruppierungen eine aggressiver werdende Konterrevolution darstellten und das Schreckgespenst des weißen Terrors von 1919 heraufbeschwören würden.<sup>43</sup>

Den Beginn von Untersuchungen und Forschungen zu den Ereignissen von 1956 unterstützte der Generalsekretär jedoch vorsichtig.<sup>44</sup> Schon im Frühjahr 1988 erhielt der zu den Erneuerern gehörende Imre Pozsgay vom Parteitag den Auftrag, ein neues Parteiprogramm mit einem dazugehörigen Geschichtsteil zu entwickeln. Ein entsprechender Entwurf, der die Epoche vom Zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart behandelte, wurde bis Ende 1988 fertiggestellt.<sup>45</sup>

Die wesentliche Neuerung war die Bewertung der Ereignisse von 1956, ihre Bezeichnung als Volksaufstand (*népfelkelés*). Das Dokument unterschied, anders als dies früher geschehen war, nicht mehr zwischen revolutionären und konterrevolutionären Bestrebungen.<sup>46</sup> Mit der neuen Bezeichnung sollte die bisherige Konfrontation überwunden werden. Eine andauernde Bewertung der Ereignisse, aus der Perspektive der Sieger, wäre von den Bürgern als Provokation empfunden worden. Es muß aber auch erwähnt werden, daß bereits János Kádár im Jahr 1972 dazu bereit war festzustellen, daß es sich bei den Ereignissen von 1956 um eine nationale Tragödie handle, als deren wissenschaftliche Bezeichnung der Begriff „Konterrevolution“ eingeführt worden sei.

Die Neubewertung von 1988 war ein bedeutender symbolischer Vorgang. Dies zeigt sich auch daran, daß bereits im Mai 1990 die neue Interpretation bereits wieder über Bord geworfen wurde. Ein vom ersten frei gewählten Parlament verabschiedetes Gesetz behandelte nämlich „die historische Bedeutung der Revolution und des Freiheitskampfes im Oktober 1956“. Im Gesetzestext sollte das Jahr 1956 als Parallele zur Revolution und zum Freiheitskampf von 1848/49 bezeichnet werden.<sup>47</sup>

Obwohl man dies im Januar 1989 nicht vorhersehen konnte, lag das Problem in der Veröffentlichung des zentralen Forschungsberichts. Letztendlich erfolgte dessen Bekanntmachung mündlich durch Imre Pozsgay, zwei Tage nachdem das Zentralkomitee die Erlaubnis zur privaten Beisetzung Imre Nagys gegeben hatte. Pozsgay betrieb seine persönliche *Glasnost* und machte die Ergebnisse in einer Radiosendung selbst publik. Er legte sie nicht erst, wie ansonsten üblich, den Parteiorganen zur Behandlung vor. Später erklärte er seine persönliche Entscheidung damit, daß im Januar/Februar nichts über die außenpolitischen Risiken bekannt gewesen sei, die mit dem Bericht verbunden waren.<sup>48</sup>

Dieses Vorgehen war auch insofern neu und unerhört, als es an einem Wochenende geschah, an dem sich der Generalsekretär Károly Grósz gerade im Ausland befand. Die

42 Ebenda v. 28. Oktober 1988.

43 Ebenda v. 30. November 1988.

44 Ebenda v. 28. Oktober 1988.

45 Als aber das neue Programm im Oktober 1989 schließlich verabschiedet wurde, war die Partei schon gespalten, und der geschichtliche Teil wurde nicht ins Programm der neuen Sozialistischen Partei, also der Mehrheit, aufgenommen. Vgl. Heino Nyysönen, *The new interpretation in 1989 of 1956 in Hungary*, *Hungarologische Beiträge* 5 (Universität Jyväskylä) 1995.

46 *Társadalmi Szemle* 1989, S. 31–34.

47 *Az 1956-os forradalom*, 1991, S. 176.

48 Imre Pozsgay, 1989. *Politikus-pálya a pártállamban és a rendszerváltásban*, Budapest 1993, S. 90–97.

internationale Presse reagierte am folgenden Montag, als Grósz zurückkehrte, unmittelbar auf diese Aussagen. Es handelte sich um eine so bedeutende Frage, daß bereits für den Dienstag eine Sitzung des Politischen Komitees, des Politbüros, einberufen wurde. Am Mittwoch berichtete „Magyar Hírlap“, daß das Zentralkomitee am Freitag, den 10. Februar tagen sollte. Die Mitteilung bestand nur aus zwei Sätzen, wobei im letzten Satz als Tagesprogramm die Behandlung aktueller politischer Fragen vorgeschlagen wurde.<sup>49</sup>

Die Februarsitzung des Zentralkomitees war insofern wichtig, als dort überraschend die prinzipielle Entscheidung für ein Mehrparteiensystem gefällt wurde. Die Nachrichten zum ersten Sitzungstag informierten nur kurz darüber, daß das Zentralkomitee „Fragen des Übergangs zum sozialistischen Pluralismus und zum Mehrparteiensystem behandelt habe“.<sup>50</sup> Am folgenden Montag wurde – in gewohnter Art und Weise – über die Sitzung berichtet, allerdings in einer ganzseitigen Mitteilung, die in drei Abschnitte unterteilt war. Im ersten Abschnitt wurde die Einführung eines Mehrparteiensystems verkündet. Die historischen Erfahrungen hätten gezeigt, daß ein Mehrparteiensystem bessere Voraussetzungen für die Kontrolle der Regierung und für ein Vorgehen gegen möglichen Machtmißbrauch schaffen würde.<sup>51</sup> Der zweite Abschnitt berichtete über die durchgeführte Untersuchung, von der es hieß, daß sie eine nuancenreiche und um Wissenschaftlichkeit bemühte Darstellung der jüngsten Vergangenheit darstelle. Dem Bericht zufolge hielt es das Zentralkomitee für wichtig, die Untersuchung zur Diskussion zu stellen und die nationale Tragödie von 1956 differenzierter zu bewerten. Die Unfähigkeit der Führung zu Veränderungen habe damals, so die Meinung des Zentralkomitees, zu einer Explosion geführt, und es sei zu einem wirklichen „Aufstand, einem Volksaufstand, gekommen, in dem die Kräfte des demokratischen Sozialismus eine Rolle spielten“. Die Vorgehensweise von Imre Pozsgay sei überstürzt gewesen und habe zu Mißverständnissen geführt. Das Zentralkomitee habe ihm aber trotzdem sein Vertrauen ausgesprochen.

Sowohl die Sitzung des Politischen Komitees als auch des Zentralkomitees waren außerordentliche Sitzungen, und es ist gut möglich, daß die Behandlung dieser zwei so wichtigen Angelegenheiten in derselben Sitzung kein Zufall war, daß vielmehr die Interpretation des Jahres 1956 die Einführung eines Mehrparteiensystems beeinflusste. Nimmt man die ungarischen Kommentatoren, so glaubt András Bozóki, daß die Neuinterpretation von 1956 dazu beitrug, die Auflösung des alten Systems zu beschleunigen.<sup>52</sup> Eine sich selbst als Reformpartei verstehende Partei hätte nach solchen Aussagen entweder die Reformen stoppen oder zugeben müssen, daß Pozsgay recht hat, oder etwas noch Radikaleres tun müssen. Es ist gut möglich, daß die Aussagen Pozsgays und die öffentliche Unterstützung, die sie erhielten, auch diejenigen zur Zustimmung bewegten, die dem Mehrparteiensystem vorher noch skeptisch gegenübergestanden hatten.

Gemäß den bereits 1993 an das Licht der Öffentlichkeit gelangten Protokollen des Zentralkomitees wurden die beiden Fragen nicht getrennt voneinander behandelt. Die Übergänge zwischen beiden waren in fast allen Redebeiträgen der ZK-Mitglieder fließend. In ihnen

49 MH v. I. Februar 1989.

50 MN v. II. Februar 1989.

51 MH, MN, NSZ v. 13. Februar 1989.

52 George Schöpflin, *The end of communism in Eastern Europe*, in: *International Affairs* 66/1 (1990); László Bruszt, 1989: *the Negotiated Revolution in Hungary*, in: *Social Research* 57/2 (1990); Charles Gati, *The Bloc That Failed. Soviet-East European Relations in Transition*, Bloomington/Indianapolis 1990; Litván, *Research*.

waren sowohl ein Erfahrungsraum (zumeist 1956) als auch ein Erwartungshorizont (das Schicksal der Partei in einem „Wettbewerbssystem“) präsent.<sup>53</sup> In seiner Einführungsrede erklärte Generalsekretär Grósz, daß der Parteitag 1988 die Einführung eines Mehrparteiensystems nicht wirklich verboten habe, die Formulierung betreffe vielmehr den unter der Führung der Partei aufzubauenden sozialistischen Pluralismus. In bezug auf 1956 meinte Grósz, daß hier auch – von ihm allerdings nicht näher bestimmte – Interessen hineinspielten, die der momentanen Stimmungslage und der Tagespolitik dienten. So ist jedenfalls die Aussage Pozsgays in seiner Verteidigungsrede zu verstehen, daß nämlich „eine akzeptable Aussage der Partei in Legitimationsfragen helfe“.<sup>54</sup>

Obwohl die neue Interpretation von 1956 und die Erklärung zum Mehrparteiensystem bedeutende Schritte darstellten, wurden die konkreten Inhalte der Begriffe erst in gesonderten Verhandlungen am Runden Tisch definiert, die von Juni bis September stattfanden. In diesen Verhandlungen trat die Opposition als Einheit auf, da sie im März ihren eigenen Runden Tisch gegründet hatte, Kompromisse ablehnte und die Durchführung von freien Wahlen zu ihrem Hauptziel erklärte.<sup>55</sup> Trotzdem brachte die Geschichtspolitik einen wichtigen Durchbruch für die „Verhandlungsrevolution“ von 1989.

### *Die Beerdigung der Vergangenheit oder ihre Auferstehung?*

Der gebürtige Ungar John Lukacs schrieb 1988, daß nicht einmal zehn englische Wörter ausreichen, um den ungarischen Ausdruck „temetni tudunk“ zu erklären, der direkt übersetzt „wir können beerdigen“ bedeutet. Alle Tragödien der neueren ungarischen Geschichte geschahen im Herbst, und der Totengedenktag Allerseelen (1. November) ist in Ungarn möglicherweise viel bedeutsamer als anderswo.<sup>56</sup>

Die Beisetzung Imre Nagys kennzeichnet den Systemwandel, man könnte hier aber eigentlich auch von einer Praxis reden, die bis in den Bereich Österreich-Ungarns zurückgreift. Nachdem im Sommer 1988 die sterblichen Überreste des Komponisten Béla Bartók nach Ungarn überführt worden waren, folgten bis Mitte der neunziger Jahre unter anderem Kardinal József Mindszenty und Admiral Horthy.

Am Tag der Beisetzung von Imre Nagy im Juni 1989 erstreckte sich der Erfahrungsraum und das politische Erinnern direkt bis zu László Rajk und Lajos Batthyány. Als der Zeitgenosse und Journalist Áron Tóbiás in Nagys Geburtsstadt Kaposvár sprach, verwies er auf die Umbettung des Grafen Batthyány, die nach der Versöhnung mit Österreich 1870 stattfand. Lajos Batthyány, ungarischer Premierminister, wurde 1849 hingerichtet, wonach seine Leiche zunächst in einem Krankenhaus aufbewahrt und dann anonym beerdigt wurde. Die andere Analogie bezog sich auf die Exhumierung von László Rajk, der nach einem Schauprozess hingerichtet worden war. Die Beisetzung Rajks fand wenige Wochen vor Beginn des Volksaufstandes am 6. Oktober statt, also an dem Tag, der in Ungarn als Gedenktag für die 1849 in Arad hingerichteten Generäle der Revolution bekannt war. Im Sommer 1989 trug der Leitartikel von „Magyar Nemzet“ die Überschrift „Auferstehung“. In dem Artikel wurde sowohl auf eine politische als auch auf eine moralische Wiederauferstehung verwiesen.

53 A Magyar Szocialista Párt, 1993.

54 Ebenda.

55 Bruszt, *Negotiated Revolution in Hungary*, S. 379.

56 John Lukacs, *Budapest 1900. A város és kultúrája*, Budapest 1991, S. 19.

In Ungarn wurde die Vergangenheit im wörtlichen Sinn „ausgegraben“. Als der Ministerrat am 27. Januar die prinzipielle Erlaubnis zu den Beisetzungen gegeben hatte, erklärte der Regierungssprecher, daß damit nichts über den Zeitpunkt und die Öffentlichkeit der Ehrenbegräbnisse gesagt sei. In der Presse vom 14. Februar wurde noch berichtet, daß der genaue Ort, an dem die Leichen vergraben seien, nicht bekannt sei. Die Leichen wurden jedoch gefunden und identifiziert, worauf noch zu entscheiden blieb, wem Nagy gehörte. Sollte es eine private oder eine öffentliche Angelegenheit sein? Reichte eine Beisetzung aus, oder sollte Nagy auch rehabilitiert werden? Bedeutete die Beisetzung die Beerdigung eines Politikers oder die Beerdigung des ganzen Systems?

Im Frühjahr 1989 bestimmten all diese Fragen das Verhältnis von „Wir“ und „Sie“ und die politische Identität, wobei diejenigen, die nicht am Begräbnis teilnahmen, unvermeidlich zur „Sie“-Kategorie gehörten.<sup>57</sup> Als eigentliche Organisatoren und Einladende traten verschiedene politische Parteien und Gruppierungen auf, das heißt eine irgendwie vereinigte Opposition. In der Argumentation ging es hierbei um eine große Frage, bei der befürchtet wurde, daß es jemandem gelingen könnte, das Begräbnis politisch auszunutzen – im Erfahrungsraum gab es den Zusammenhang von Rajks Bestattung und dem Volksaufstand. Man fürchtete daher, daß die Machthaber diese Gelegenheit zu ihren Zwecken benutzen könnten. In der ungarischen Geschichtschronologie wurden viele Begräbnisse gerade im Rahmen des nationalen Erinnerungs- und Protestparadigmas interpretiert.<sup>58</sup>

Auch innerhalb der Partei handelte es sich offensichtlich um einen mit Hilfe der Vergangenheit ausgetragenen Machtkampf. Die Regierung veröffentlichte kurz vor dem Begräbnis eine Mitteilung, in der sie die Bürger zu den Trauerfeierlichkeiten einlud und zu verantwortungsvollem Verhalten aufforderte. Präsident Mátyás Szűrös und Premierminister Miklós Németh wollten selbst an der Veranstaltung teilnehmen, während die Reformer zu verstehen gaben, daß die ganze Partei als schuldig dargestellt werden solle und Imre Nagy zu Propagandazwecken benutzt werde.

Nur ein paar Tage nach dem Begräbnis wurde Generalsekretär Károly Grósz aus der Parteiführung verdrängt, indem man ihm drei neue Führer zur Seite stellte. Noch im April war Grósz der Meinung gewesen, daß das Begräbnis Imre Nagys nicht auch dessen politische Rehabilitierung bedeute. Ab Mai wurde die Angelegenheit aber beschleunigt. Die Presse veröffentlichte dementsprechende Materialien, und es wurde auch ein eigener, unabhängiger Rehabilitierungsausschuß gebildet.<sup>59</sup> Über die Rehabilitierten berichtete Ende Juli dieselbe Zeitungsausgabe, die auch über den Tod János Kádárs informierte.

Der oben beschriebene Erfahrungsraum zeigt, daß die Verwandlung von Imre Nagy in ein politisches Symbol, das für Nonkonformismus steht, schon ein wesentlicher Teil der ungarischen politischen Kultur geworden war. Sie gehörte zu den „Kriterien des Denkens“.<sup>60</sup> Bei Nagy handelte es sich um einen Premierminister, der für eine als ungerecht erfahrene Niederlage mit seinem Leben bezahlt hatte.

57 Vgl. Bruszt, *Negotiated Revolution in Hungary*.

58 Vgl. *Magyarország történeti kronológiája III kötet (1848–1944)*, hrsg. v. Kálmán Benda, Budapest 1982, S. 704, S. 713–714.

59 MH v. 29. Mai 1989.

60 Máté Szabó, *Kriterien des Gedenkens. Die Bestattung von Imre Nagy als politisches Symbolereignis*, in: *Ost-Europa*, Sonderdruck 1991, S. 99f.

*Die Veränderung der Symbole und der Feiertage*

Auch die zentralen Staatssymbole Ungarns sind in unterschiedlicher Weise mit dem Jahr 1956 verbunden. Die Loch-Flagge ist wohl das bekannteste, und wir haben oben schon erwähnt, wie das neue Staatswappen der sozialistischen Zeit im Frühjahr 1957 eingeführt wurde. Im Januar 1989 wollte man das Wappen aus der Zeit Kádárs abschaffen, und als der neue Vorschlag zum Gebrauch des Kossuth-Wappens am 23. Januar 1989 der Öffentlichkeit unterbreitet wurde, begründete man dies gerade damit, daß das Wappen am Anfang des 17. Jahrhunderts, 1848, 1918 und 1945–49 in Gebrauch war. Das Jahr 1956 wurde zu dieser Zeit in der Presse noch nicht behandelt. Zur Entscheidung der Frage sollte eine Volksabstimmung beitragen, für die als Alternativen das Kronwappen, das Kossuth-Wappen und das Sternwappen aus der Zeit Kádárs vorgeschlagen wurden.

Die politische Dimension des Themas zeigt sich zum Beispiel in einem Artikel des Historikers György Litván: Es ging um die Wahl der geschichtlichen Tradition, um die Wahl zwischen der Tradition des Imperiums und der Tradition der Republik.<sup>61</sup> Die Entscheidung für die erste Tradition, das heißt für das Kronwappen, fiel letztendlich erst 1990 in einer knappen Abstimmung im Parlament. Die Entscheidung verlangte eine Verfassungsänderung, da das Wappen auch 1949 gesetzlich festgelegt worden war.

Zu den sichtbaren Veränderungen aufgrund des Systemwandels gehörten auch die Einführung respektive Abschaffung verschiedener Feier- und Gedenktage. Zu den Feiertagen, die nicht mehr begangen wurden, gehörten der Tag des Beginns der Sowjetrepublik (21. März), der Tag der Befreiung (4. April) und der Tag der Oktoberrevolution (7. November). Der Tag der Verfassung (20. August) wurde nun wieder in seiner alten Bedeutung als Stephanstag gefeiert. Auch bei einem anderen Feiertag wurde im Zusammenhang mit dem Systemwandel die Geschichte „wiederholt“, und das sogar noch in der Zeit der alten Macht: Im Dezember 1988 erklärte die Regierung Miklós Némeths den 15. März, den Tag des Beginns der Revolution von 1848, zu einem arbeitsfreien Tag. Auch das zählte schon 1956 zu den Reformen Imre Nagys: Sowohl das Wappen als auch der 15. März gehörten – noch vor dem Mehrparteienprinzip – zum zweiten Mal zu den Reformvorhaben der Partei.

Die Veränderungen bei den Symbolen zeugten zwar auch von weitergehenden Veränderungen, dieser Wechsel bedeutete aber in Ungarn zunächst noch keinen formalen Machtwechsel: Die zentralen Symbole wurden noch unter den Reformkommunisten verändert. Sie waren jedoch sichtbare Zeichen eines Wandels, mit denen ein Erwartungshorizont geschaffen werden sollte. Zugleich wurde versucht, die anstehenden Veränderungen beherrschbar und kontrollierbar zu gestalten. Den Inhalt der Entscheidungen definierte man wiederum als Teil der aktuellen Erinnerungspolitik. Zum Beispiel legten eine Woche nach der Zustimmung zum Mehrparteiensystem unabhängige Organisationen ein 12-Punkte-Manifest vor. Dort nahmen sie auf eine Einladung der parteinahen Vaterländischen Front, den Nationalfeiertag am 15. März unter der gleichen Flagge zu feiern, zum Feiertag Stellung. Ein solches Fest kam nicht zustande, da die Organisationen die Bürger zu einer unabhängigen Märzfeier und zu einer friedlichen Demonstration aufrufen wollten. Dahinter stand die Furcht, daß jemand die Feierlichkeiten für sich vereinnahmen oder sich als Erbe der Geschichte darstellen könnte, wie es die Partei im März 1957 getan hatte.

61 MH v. 30. Oktober 1989.

Der „Bedeutungsstreit“ des folgenden Jahres (1989) muß im Zusammenhang mit dem Begräbnis Imre Nagys gesehen werden. Aus der Hauptüberschrift der Zeitung „Magyar Hírlap“ geht hervor, daß es die Vorstellung der Partei war, den Tag des Begräbnisses als Tag der nationalen Versöhnung zu begehen. In den Einladungen der alternativen Organisationen, die am selben Tag in der Presse erschienen, ging es allerdings um einen nationalen Trauer- und Gedenktag.<sup>62</sup> So wollten also die „Täter“ sich versöhnen und vergessen und die „Opfer“ trauern und erinnern.

Der folgende Streit um den Tag des Beginns des Volksaufstandes (23. Oktober) betraf eher die Frage, ob der Tag gefeiert oder nur begangen werden sollte. Im Juli schlug der Budapester Ausschuß der Partei vor, den Tag als Tag der Versöhnung zu begehen, worauf in den Diskussionen die Wendungen „nationaler Gedenktag“ und „Tag der Versöhnung“ auftraten. Im Oktober verabschiedete zum Beispiel die neue Sozialistische Partei eine Stellungnahme, nach der der nationale Gedenktag zur Erinnerung an alles Unrecht der Diktatur begangen werden sollte. Dagegen verlangte das von der Opposition gegründete Komitee zum 23. Oktober, den Tag zunächst zu einem arbeitsfreien Feiertag zu erklären, und war außerdem der Ansicht, daß der Tag ein nationaler Feiertag und kein Gedenktag sein sollte.<sup>63</sup> Einige Tage später erwiderte Präsident Szűrös dem Komitee, daß der „Tag des Volksaufstands von 1956 ein gemeinsames Fest der nationalen Versöhnung sein möge“.

Auf der einen Seite stand also der nationale Versöhnungs- und Gedenktag, auf der anderen der arbeitsfreie Fest- und Feiertag. Die ungarische Republik wurde 1989 gerade am Tag des Beginns des Volksaufstandes proklamiert, und deshalb zog man die aus der Geschichte abgeleitete Analogie aus dem Jahr 1956 und seiner Bedeutung für die Erinnerung. Später, im März 1991, entschied das neue Parlament über die Feiertage und bestätigte dabei bezüglich des 23. Oktober sowohl die Bedeutung von 1956 als auch die von 1989. Im Gesetzestext heißt der Tag insofern auch „Tag des Beginns des Volksaufstands und des Freiheitskampfes von 1956 und Tag der Proklamation der ungarischen Republik 1989“. Im gleichen Zusammenhang wurden der 20. August als staatlicher Feiertag und der 23. Oktober sowie der 15. März als nationale Feiertage festgelegt.

Im Jahr 1989 setzte sich die Kanonisierung des Gedenkens an 1956 allmählich auch in anderen Bereichen durch: In vielen Stadtteilen Budapests gab es Initiativen für eine Imre Nagy-Straße, und mit dessen Gedenktafel sollte ein Denkmal für die Grabstelle 301 geschmückt werden. Ein neues Forschungsinstitut sollte zuerst nach Nagy benannt werden, bis man im Herbst dann die Gründung eines „Dokumentations- und Forschungsinstituts der Revolution von 1956“ bekanntgab. Manche Parteien wollten auch in der Zeit zurückgehen und dort weitermachen, wo man im Jahr 1956 stehengeblieben war.

### *Die zeitgenössische Erfahrung als Verlängerung der Politik*

Die Aufarbeitung der Vergangenheit wird oft als Dienst an der Zukunft verstanden, aber die politischen Dimensionen einer solchen Aufarbeitung werden kaum analysiert. Die südafrikanische Wahrheitskommission als Heilerin der Wunden der Vergangenheit stellt einen ziemlich neuen Gedanken dar. Soll das Vergangene erforscht, wiedergutmacht, vergessen,

62 MH v. 2. Juni 1989.

63 MN v. 11. Oktober 1989.

vergegenwärtigt, verewigt oder vor Gericht abgehandelt werden? In der ungarischen Diskussion wurden all diese Alternativen vorgestellt, und aufgrund dessen zeigt sich die Erinnerungspolitik viel komplizierter als angenommen.

In Ungarn war die Vergangenheit nach 40 Jahren noch nicht zur Geschichte geworden. Die nationalen Feiertage sind – auch in einem politischen Sinn – immer noch von Bedeutung. Die Bastille-Analogie zu 1956 bildete einen Teil der Tagespolitik und der kollektiven Erfahrung der Zeitgenossen und Nachkommen. Das Bemühen, aus der Geschichte politische Legitimation abzuleiten, endete nicht mit der Zeit Kádárs. Viele Akteure versuchten, auch das Modell und die Legitimation der neuen Republik aus Geschichtsinterpretationen abzuleiten.

Drei der letzten vier ungarischen Premierminister sowie Präsident Árpád Göncz verfügten über direkte Erfahrungen mit dem Jahr 1956. Dabei standen die von 1990–1994 amtierenden Premierminister József Antall und Péter Boross 1956 auf der Seite der Revolutionäre, während Premierminister Gyula Horn (1994–1998) auf der Seite der Sowjettruppen an der Niederschlagung des Volksaufstands beteiligt war. Der jetzige Premierminister Viktor Orbán ist der erste, der mit dem Jahr 1956 keine persönliche Erfahrung verbindet. Das hinderte ihn jedoch nicht daran, sich sowohl als Oppositionsführer als auch bei der konstituierenden Sitzung des neuen Parlaments im Juli 1998 auf die Erfahrungen des Jahres 1956 zu beziehen.<sup>64</sup>

Nach dem Ende des Einparteiensystems war die Revolutionserfahrung von politischem Vorteil, sie wurde als „Recht“ des Erfahrenen betrachtet. Dort, wo früher noch eine einzige Grenze zwischen der herrschenden Partei und deren Gegnern verlief, zeigten sich nun die Grenzlinien, die nach 1990 das Lager der ehemaligen Revolutionäre zersplitterten. So unterstützten letztere bei den Demonstrationen im Herbst 1992 sowohl diejenigen, die eine Säuberung verlangten, als auch jene, die dem widersprachen.<sup>65</sup>

In einem metaphorischen Sinn wurde der ungarische Volksaufstand erst mit dem Rückzug der sowjetischen Truppen im Juli 1991 beendet. Am heißesten waren die Kämpfe um das historische Erbe in den Jahren 1991–1994, u. a. beim Kampf zwischen Regierung und Opposition. Einerseits zeigte sich, daß die Bedeutung der 56er Erfahrung nicht die einigende Basis für die neue Demokratie bildete, andererseits begann die ungarische Mitte-Rechts-Regierung, sich eine Identität durch Rückgriffe auf die Zeit vor 1945 zu konstruieren.<sup>66</sup>

Die Hauptgrenzlinie zwischen den verschiedenen Organisationen, die im Kampf um die Erfahrung mit dem Jahr 1956 entstand, verlief – grob gesprochen – zwischen den Kommunisten und den Antikommunisten der fünfziger Jahre. Letztere hatten wiederum engere Beziehungen zur Regierung und verlangten in Einklang mit dieser auch Veränderungen, die den Systemwandel endgültig verwirklichen sollten.<sup>67</sup> Die Organisationen blieben nicht als eine Art Ein-Punkt-Bewegung bestehen, sondern nahmen auch zu anderen, die Veränderungen und die Gegenwart betreffenden Fragen Stellung. Die wichtigste Organisation, die TIF, spaltete und radikalisierte sich im Verlauf des Jahres 1992.

Von einem moralischen Standpunkt aus beschuldigte ein Teil der Veteranen und der Historiker die Forscher der Geschichtsfälschung. Die wichtigsten Diskussionsthemen betrafen

64 NSZ v. Juli 1998.

65 MH v. 15. September 1992.

66 Vgl. Péter Kende, *Vissza – de milyen hagyományokhoz?*, in: Világosság 12 (1992); Nyssönen, *Historia*.

67 Litván, *Research*.

die Handlungen der Reformkommunisten und die Frage, ob der Volksaufstand auf eine Weiterentwicklung des Sozialismus oder auf die Schaffung einer bürgerlichen Demokratie ausgerichtet war. So wie vorher der sozialistische Charakter des Aufstands betont wurde, unterstrichen Politiker und ein Teil der Historiker Anfang der neunziger Jahre, daß das „Volk jeglichen Sozialismus abgelehnt habe und es nur eine Frage der Zeit gewesen wäre, bis der konservative und bürgerliche Charakter der Revolution zum Vorschein gekommen wäre“.<sup>68</sup>

Auf der parteipolitischen Ebene ging es um die moralische Bewältigung der Vergangenheit und um die Berechtigung von Bestrafungen. Obwohl über die Bestrafung der Geheimpolizei und der ehemaligen Kommunisten praktisch in allen früheren sozialistischen Ländern debattiert wurde, drehten sich diese Diskussionen in Ungarn besonders um die Ereignisse von 1956. In der ersten Phase, im Herbst 1991, erklärte sich die Regierung bereit, ein rückwirkendes Gesetz zu verabschieden, mit dem verschiedene Verbrechen ab dem Jahr 1944 hätten bestraft werden können. Das Verfassungsgericht wies dieses Gesetz jedoch zurück, das auch von einem Teil der Angehörigen der Hingerichteten und Verurteilten abgelehnt wurde. Danach wurde das Verlangen nach Bestrafung für die Regierung zu einer Frage der Ehre, und sie brachte ihren Gesetzesvorschlag erst beim dritten Anlauf 1993 durch.<sup>69</sup> Im Januar 1995 verurteilte das Budapester Gericht erstmals zwei Soldaten des Innenministeriums.<sup>70</sup> Danach wurden die Gerichtsverhandlungen zwar bisweilen unterbrochen, aber ansonsten bis ins Jahr 1998 fortgesetzt.

Ein Teil der Entschädigungen, die nach dem Kommunismus in Ungarn ausbezahlt wurden, betrafen auch das Jahr 1956. Sie bildeten auch eine Form der Anerkennung der Vergangenheit. Und es handelte sich auch um eine solche Anerkennung, als 1991 auf Initiative des Premierministers begonnen wurde, einen Orden zu verleihen, der die „Leistungen im Dienste der Nation und bei der Verteidigung der Freiheit des Vaterlandes während der Revolution und dem Freiheitskampf anerkennen“ sollte. Nach einer Reform der Orden- und Ehrenzeichen ist es zwar weiterhin erlaubt, die alten Orden zu tragen, die oben schon erwähnte Medaille von 1957 wurde allerdings verboten.

Weiterhin verlangte die Parlamentsmehrheit gleich im Juli 1990 eine Verurteilung der sowjetischen Intervention. Dies geschah dann im Dezember 1991 durch Boris Jelzin, als Premierminister József Antall Moskau besuchte. Als Jelzin im November 1992 zu einem Gegenbesuch kam, brachte er als Gastgeschenk eine Auswahl von Dokumenten zum Jahr 1956 mit.

### *Statuen und Denkmäler*

In Ungarn wurden nach 1989 über 400 verschiedene Denkmäler zur Erinnerung an 1956 errichtet.<sup>71</sup> Auf manchen Denkmälern stehen „pro memoria“ und die Namen der Toten oder neben der Jahreszahl 1956 auch noch 1848. Auf anderen finden sich mehrere Jahreszahlen wie 1914, 1939, 1956 oder auch 1703–1711. Bei den meisten Denkmälern handelt es sich um Kreuze, verschiedene Steine, die Loch-Flagge und sehr oft um ein hölzernes Grabdenkmal in der siebenbürgischen Tradition, ein sogenanntes Kopfholz (kopjafa), von denen über 150 er-

.....  
68 Ebenda.

69 Vgl. Joerg K. Hoensch, *The History of Modern Hungary 1867–1994*, London/New York 1996, S. 323–324.

70 NSZ v. 1. Februar 1995.

71 Géza Boros, *Emlékművek '56-nak*, Budapest 1997.

richtet wurden. Bisher war die Zeit noch nicht reif für ein gemeinsames Denkmal für alle Opfer, von dem ein Teil der Politiker und der Veteranen im Herbst 1991 gesprochen hatte.<sup>72</sup>

Im Jahr 1996, zum vierzigsten Jahrestag der Revolution, erlebte die Erinnerungspolitik einen bedeutenden Aufschwung. Neben Denkmälern wurde anlässlich des Jahrestages auf dem Parlamentsplatz eine Flamme der Revolution und des Freiheitskampfes errichtet, die am 23. Oktober entzündet und am 4. November, dem Tag des zweiten Angriffs der Sowjettruppen, gelöscht wurde. Das Imre Nagy-Denkmal wurde 1996 zu dessen 100. Geburtstag fertiggestellt. Im selben Jahr entschied das Parlament – auf Initiative der Sozialisten –, das Gedenken an Imre Nagy gesetzlich zu verewigen. Diese besondere Art von Erinnerungspolitik ist allerdings nicht ein Produkt des Postkommunismus oder des Kommunismus, auch im Ungarn Horthys und während der Zeit der Doppelmonarchie wurde an wichtige gesellschaftliche Ereignisse per Gesetz erinnert.

Im Straßenbild von Budapest findet man den „Imre Nagy-Platz“ vor dem Außenministerium, und es gibt auch eine „Straße des 23. Oktober“. Es sieht so aus, als ob knapp zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems der neue „nationale Kanon“ und die Strukturen der öffentlichen Erinnerungspolitik festgefügt seien. Die Bedeutung des Jahres 1956 selbst hat sich dagegen aufgespalten – auch politisch. In vielen Fällen gehört das Thema für jüngere Menschen zu einer ähnlichen „Ideologie“ wie die Sowjetrituale für die frühere Generation.<sup>73</sup> Es wird also noch Jahre dauern, bis Ungarn in der Erinnerungspolitik zu einer angemessenen analytischen Gelassenheit, zu Vergebung und zu einer Verschiebung des Themas von der Tagespolitik in die Geschichte kommt.

*Aus dem Finnischen von Klaus Sondermann*

72 Ebenda, S. 149–151.

73 György Litván, 1956-os kutatások és viták a mai Magyarországon, in: '56 Évkönyv (1996/1997), S. 25.